

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

79 (9.7.1923)

ind sie
ie ohne
so not-
Schweiz
Mäd-
Einreis-
gen die
n muß,
Wenn
isungen
ellenlos

ist der
Neufüb-
farbigen

wend-
schafts-
indw.
Su be-
Krels-
büchlein
n. Na-
ung und
ich ge-
te und

n
n

t
r

g
g

g
g

g
g

g
g

g
g

g
g

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Verleger n. unjere Ausdräger
ohne Postgebühr
monatlich 6000.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftsjahr 1922-23, Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 8903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Geegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Zeile 400.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Zeile 1200.— Mk.
Anzeigen mit Dekoration oder
Ausdruck 1200.— Mk. Sonntags-
beilage. Alle Preise freibleibend.
Grundgebühr im Anzeigen- und
Textteil ist Beit.
Bei Wiederholungen tarifreiter
Anzeigen, die bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
teilung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorschriften werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigenannahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Die europäische Spannung.

Die Geduld der Engländer nahezu erschöpft.

London, 6. Juli. Bei der Untersuchung der Frage, ob die französisch-englischen Besprechungen wohl wieder ausgenommen würden, schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, diese Wiederaufnahme könne nur auf einer Grundlage erfolgen, die durch eine klare und erschöpfende Antwort auf die Fragen Großbritanniens nach der Dauer und der abgeänderten Form der französischen Besetzung durch Frankreich geschaffen würde. Es sei schwer einzusehen, welcher Zweck durch eine bloße Wiederholung früherer Besprechungen, die stets die Hauptfrage umgangen hätten, erreicht werden solle. Mit anderen Worten: in britischen Regierungskreisen sei die Auffassung allgemein, daß die Zeit der diplomatischen Finesse vorbei und eine geschäftsmäßige Antwort auf eine geschäftsmäßige Frage das einzige Mittel sei, über den toten Punkt hinwegzukommen. Es sei zweifelhaft, ob die Franzosen und die französische öffentliche Meinung sich genügend klar darüber seien, daß die britische Regierung nicht unbegrenzte Zeit auf Antwort warten oder sich mit einer rein negativen Antwort zufriedengeben könne. Der Berichterstatter fährt fort, er höre, Curzon habe im Laufe der letzten Besprechungen nachdrücklich zu verstehen gegeben, daß die Geduld des britischen Parlaments und der britischen Nation nahezu erschöpft sei: er habe auch den Fall angedeutet, daß die britische Regierung, wenn auch mit Widerstreben, genötigt sein könnte, unabhängig vorzugehen, wenn die Franzosen sich weigerten, ihren bisherigen Standpunkt zu verlassen. Was seinen Reparationsanteil betreffe, so habe England nicht darauf verzichtet, doch könne der genaue Betrag seines Anteils nicht angegeben werden, da ja erst die Gesamtsumme der Entschädigung von der vorgeschlagenen internationalen Sachverständigenkommission oder einem anderen Ausschuss auf den man sich einigen müßte, festzusetzen sei. Die Summe müsse so hoch wie möglich jedoch nicht phantastisch sein. Der Korrespondent teilt auch mit, die politische Erklärung Mussolinis werde in London begrüßt, da sie ungefähr der britischen Auffassung entspreche, die die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes mit einer baldigen Räumung des Ruhrgebiets durch Frankreich in Verbindung bringe.

Deutschland und der Völkerbund.

Ein englischer Führer in Berlin?
Berlin, 7. Juli. Der Berl. Lok.-Anz. schreibt: Wie wir hören, hat die englische Regierung in Berlin einen Führer ausgesandt, um festzustellen, ob die Reichsregierung unter Umständen geneigt sei, in den Völkerbund einzutreten. Ueber diese Frage ist bereits mit den Führern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gesprochen worden. Innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft herrscht, wie in politischen Kreisen verlautet, grundsätzlich Einverständnis, unter der Voraussetzung, daß ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht etwa ein deutsches Zugeständnis daran geknüpft wird, daß die Verwaltung der Rheinlande durch den Völkerbund übernommen werde. Weiter verlautet, die Reichsregierung habe ihre Zusage zu einem Eintritt in den Völkerbund von folgenden 2 Punkten abhängig gemacht: Erstens dürfe kein neues Schuldbekenntnis verlangt werden, zweitens müsse Deutschland die Zusage gegeben werden, daß es als gleichberechtigtes Mitglied auch in den Völkerbundsrat eintreten könne.

Die deutsche Antwort. — Die „Paten“ für den deutschen Antrag.
London, 8. Juli. Die heute von einigen Berliner Berichterstatter englischer Blätter übermittelten Vorbedingungen, die die Reichsregierung für die Einreichung eines deutschen Gesuches um Aufnahme in den Völkerbund aufgestellt hat, finden in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen eine geteilte Aufnahme. Während man zugibt, daß die deutschen Vorbedingungen an sich nicht etwa übertrieben oder unberechtigt seien, wird doch betont, daß es besser gewesen wäre, wenn man derartige Vorbedingungen nur vertraulich zur Kenntnis derjenigen Mächte gebracht hätte, — z. B. Holland, Schweden und die Schweiz — die gewissermaßen die Patenstelle für den deutschen Antrag übernehmen wollen. Man hätte besser daran getan, mit der Bekanntgabe derartiger Vorbedingungen erst hervorzutreten, wenn es sich herausstellte, daß andere Mächte oder Mächtegruppen gewonnen wären, Deutschland zuzulassen. Die Tatsache, daß die englischen Sondierungen in Berlin und die darauf erfolgte deutsche Antwort bisher in keinem Blatt besprochen wurden, ist ein interessanter Beweis dafür, daß man dieses wichtige Teilproblem der internationalen Verständigung mit derselben Zurückhaltung und demselben diplomatischen Vorgehen zu behandeln gedenkt, die man von amtlicher englischer Seite den in London geführten Reparationsbesprechungen angedeihen ließ.

Der Standpunkt Italiens und Belgiens.

London, 7. Juli. Das Ergebnis der gestrigen Besprechungen von Lord Curzon mit den Botschaftern läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Italien ist bereit, Englands Ausgleichsversuche zu unterstützen. Belgien wird sich bemühen, die englisch-französische Meinungsverschiedenheit zu mildern oder aus dem Wege zu räumen. Frankreich hat seine bisher erteilte Antwort noch nicht vervollständigt und klar formuliert.
Heute ist es wieder die Times, die als einzige Blatt, offenbar offiziös beeinflusst, in der Lage ist, die gestrigen Be-

sprechungen wie folgt zu beschreiben: Italien hält an seinem Standpunkt fest, den es in seiner Denkschrift für die Londoner Konferenz dargelegt hat, wonach die Regelung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden muß von der Regelung der internationalen Schulden. Es verlangt ferner in ausreichendes Moratorium für Deutschland, die Aufstellung eines vernünftigen Zahlungsplanes und zuverlässige wirtschaftliche Pfänder. Sind diese Bedingungen erfüllt, so soll Frankreich die Ruhr räumen. Bezüglich des passiven Widerstandes ist die italienische Regierung der Ansicht, daß Deutschland kein Interesse daran haben kann, ihn fortzusetzen weil es nicht imstande sein wird, Frankreich zu erschöpfen. Der belgische Gesandte, der unmittelbar nach dem italienischen Botschafter empfangen wurde, war auf Grund neuer Instruktionen aus Brüssel in der Lage, die Ansichten der belgischen Regierung bezüglich der Ausführungen, die Lord Curzon am Dienstag gemacht hat, darzulegen. Er hat kein Schriftstück überreicht, sondern er beschränkt sich auf mündliche Erklärungen. Es ist bekannt, daß die belgische Regierung mit ihren Ansichten über den passiven Widerstand mit Frankreich übereinstimmt, wonach Verhandlungen mit Deutschland nur nach Aufgabe des passiven Widerstandes eingeleitet werden sollen. Wäre Deutschland bereit, den passiven Widerstand aufzugeben, und dies in seinen Handlungen und in seinem Verhalten zu bekunden, so würde Belgien bereit sein, dieser veränderten Lage sofort Rechnung zu tragen.

Poincare und der Papstbrief.

Paris, 6. Juli. Die Kammer verhandelte heute über die Interpellationen, die sich mit dem Papstbrief über die Reparationen befassen. Im Laufe der Debatte erklärte Ministerpräsident Poincare, der päpstliche Brief habe zu sofortigen Bemerkungen des französischen Botschafters beim Kardinalstaatssekretär Gasparri Veranlassung gegeben. In einer Audienz des Botschafters beim Heiligen Vater habe der Papst versichert, er habe nur an den Geist der Gerechtigkeit und der Caritas appellieren wollen. Er sei von den Katholiken der ganzen Welt erfaßt worden, seine Stimme zu erheben. Der französische Botschafter habe die Rechte Frankreichs betont und auf die Gefahren der deutschen Propaganda in der Ruhr hingewiesen. Der Papst habe den verbrecherischen Widerstand formell mißbilligt und hinzugefügt, daß, wenn das Reich sich nicht bemühe, das Vertrauen seiner Gläubiger zu gewinnen, sein Widerstand keine Daseinsberechtigung habe. Die These des Heiligen Vaters nähere sich derjenigen gewisser Verbündeter; sie sei aber nicht diejenige Frankreichs. Diese These sei zwar bedauerlich; aber man müsse ohne Leidenschaft und ohne Voreingenommenheit davon sprechen. Trotz des Schrittes des Nuntius Pacelli wegen der verbrecherischen Akte des Widerstandes bleibe aber die Tatsache bestehen, daß der Papst geglaubt hat, Frankreich politische Rückschlüsse geben zu müssen. Sie könnten aber keinen wirkenden Einfluß ausüben. Der Papst habe keine Autorität in weltlichen Dingen. Der Brief könne also keine politische Bedeutung haben und belaste das Gewissen der französischen Katholiken in keiner Weise. Die Regierung habe es jedoch nicht für vernünftig gehalten, die Botschaft beim Vatikan aufzuheben oder der Botschafter abzurufen. Poincare erklärte dann weiter, Frankreich müsse stark und einig bleiben, denn es gebe keine Macht in der Welt, die ihm das Recht entreißen könne, das ihm der Versailler Vertrag gegeben habe. Frankreich halte sich an den Vertrag. Es sei erst nach Feststellung der deutschen Verfehlungen in das Ruhrgebiet eingerückt, um einen Druck auszuüben und Garantien zu erlangen. Wir verlangen, so sagte Poincare, daß Deutschland seinen Widerstand aufgibt und einen offenen Beweis seines guten Willens gibt. Je rascher Deutschland bezahlt, desto schneller werden wir uns zurückziehen. Wir sind der Ansicht, so schloß Poincare, daß wir im Recht sind und ich zweifle nicht, daß wir alle unsere Alliierten von dieser Wahrheit überzeugen (!) können — Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde schließlich mit 389 gegen 190 Stimmen angenommen.

Vorfstellungen des Vatikans in Paris und Brüssel.

Rom, 6. Juli. Auf die Nachricht von den strengen Maßnahmen der französischen und der belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eisenbahnunglücks vom 30. Juni wies die Kurie die Nuntiatoren in Paris und Brüssel telegraphisch an, bei der französischen und der belgischen Regierung Vorfstellungen zu erheben und mitzuteilen Seine Heiligkeit ermarte, daß keine Maßregeln ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

Weitgehende Absichten des Papstes.

„Die Zeit für eine Neuregelung der politischen Methoden ist gekommen.“
Berlin, 7. Juli. In den Kreisen, die mit den Auffassungen der Kurie vertraut sind, gewinnt die Ansicht, mehr und mehr an Boden, daß die Aktion nicht wie die früheren Versuche der Kurie, nachdem sie von den Regierungen gehört, alsbald wieder zu den Akten gelegt werden dürfte. In diesem Zusammenhang hört man, daß der Papst in der Enzyklika „Doctor doctorum“, die gelegentlich der 600jährigen Wiederkehr der Heiligsprechung des heiligen Thomas von Aquin aus dem Dominikanerorden

am 18. Juli veröffentlicht werden wird, außer ihrem religiösen Charakter sich auch mit Zeitfragen beschäftigen wird. Der Papst sei, so heißt es, diesmal entschlossen, seiner Stimme Gehör zu verschaffen, und die Zustimmung, die seine erste Kundgebung nicht nur in Italien, sondern auf der ganzen Welt und aus allen Lagern erhalten hat, zeigt, daß die Zeit für eine Neuregelung der politischen Methoden der Nachkriegszeit gekommen sei.

Dr. Wirth in Rom.

Berlin, 6. Juli. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth weilte in Rom, wo er vom Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen wurde. Die Zeit bemerkt dazu, es könne als ausgefallen gelten, daß die Reichsregierung Dr. Wirth zu ihrem Beauftragten für eine wichtige Fühlungnahme mit der Kurie wählte. Dr. Wirth habe sich offenbar als katholischer Abgeordneter und als führende Persönlichkeit der Zentrumsparlei mit dem Leiter der päpstlichen Außenpolitik getroffen.

Englands und Amerikas Botschafter bei Poincare.

Paris, 6. Juli. Ministerpräsident Poincare hat heute vormittag den englischen und den amerikanischen Botschafter empfangen.

Die Abrüstungsfrage.

Ein neues Dreimächteabkommen.

Paris, 6. Juli. Wie der „New York Herald“ aus Washington berichtet, werden die Vereinigten Staaten nur langsam dem japanischen Vorschlag für ein neues Dreimächteabkommen zur Durchführung der Abrüstung nach dem Fünfmächteabkommen Folge leisten. Es verlautet, daß das Ausbleiben der Ratifikation des Abkommens von Seiten Frankreichs schuld für die zögernde Haltung der Vereinigten Staaten sei.

Frankreich und das Washingtoner Abrüstungsabkommen.

Paris, 6. Juli. Die zuständige Kammerkommission hat auf Drängen des Ministerpräsidenten gestern beschlossen, morgen nachmittag im Plenum einen Ratifikationsentwurf über das Washingtoner Abrüstungsabkommen einzubringen. Der „New York Herald“ nimmt an, daß Poincare entschlossen gewesen sei, bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage zu stellen, jedenfalls habe er sich auf bringende politische Gründe berufen. Das genannte Blatt glaubt hierzu mitteilen zu können, daß ein Mitglied der amerikanischen Botschaft in Paris in den letzten drei Tagen mit Personen am Quai d'Orsay über das Washingtoner Abkommen verhandelt habe, und man nimmt an, daß dieses Mitglied der amerikanischen Botschaft einen Vorschlag Washingtons überbracht habe, die Ratifikation des Abkommens zu beschleunigen, um den ständigen Kritiken in Kreisen des amerikanischen Kongresses ein Ende zu machen, die gegen Frankreich den Vorwurf erheben, es hintertreibe benutzt die Ratifikation des Harding'schen Friedensvertrages, um auf diese Weise die Streichung der interalliierten Schulden zu fordern.

Keine Verminderung der englischen Streitkräfte.

London, 6. Juli. Kriegsminister Lord Derby teilte in einer Rede mit, daß nicht beabsichtigt sei, die britischen Streitkräfte noch weiter zu vermindern, denn die gegenwärtige Truppenstärke stelle bereits das Mindestmaß dessen dar, was die nationale Sicherheit zulasse.

Amerikas Aufrüstung.

Paris, 7. Juli. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, das Heeres- und das Marineamt beabsichtigen, ein neues amerikanisches Aufrüstungsprogramm aufzustellen. Zu Grunde gelegt werde die Notwendigkeit, New York und die industriereiche Küste des atlantischen Ozeans gegen einen etwaigen Angriff aus der Luft zu verteidigen. Diese Pläne würden es voraussichtlich notwendig machen, die Budgets sowohl für den Armee- und auch für den Marineflottendienst zu verdoppeln. Das Armee- und Marineamt erklärten, daß man kein Wettlaufen mit Frankreich und England beabsichtige. Es handelt sich nur um die Küstenverteidigung. Die amerikanische Küste sei durch die große Anzahl von Flugzeugmutter Schiffen im Besitz der alliierten Mächte bedroht.

Im Zeichen der Unsicherheit.

Berlin, 6. Juli. Die Berliner Verhandlungen haben nicht den Gang genommen, den man in politischen Kreisen zunächst von ihnen erwartet hat. Die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, sind größer als ursprünglich angenommen wurde. Ueber die Einzelheiten der Aussprache des Kanzlers mit dem päpstlichen Nuntius wird mit Recht strenges Stillschweigen beobachtet. Wenn man aber die Tatsachen auseinander hält, daß der Reichskanzler ihn in den letzten Tagen dreimal empfangen hat, daß das Kabinett in derselben Zeit wiederholt beriet, daß am Donnerstag nachmittag eine gemeinsame Sitzung der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums stattfand und daß endlich der Kanzler die Führer der einzelnen Parteien wiederholt empfangen hat, kann man sich umso mehr ein Bild machen von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Inzwischen wird an der Formulierung der Erklärung gearbeitet, die von deutscher Seite über die Stellung der amtlichen Kreise zu den Sabotageakten gegeben werden soll und die deswegen für den Papst von so besonderer Wichtigkeit sind, weil er auf dieser Grundlage auch von den Franzosen größere Zugeständnisse zu erreichen hofft. Der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung an Entgegenkommen sind bestimmte Grenzen gesetzt durch das Gefühl der nationalen Würde. Auf der andern Seite verlangen die Sozialdemokraten hartnäckig, daß der Kanzler sich in denkbarer Schärfe gegen die Sabotageakte ausspricht, und machen von dem Wortlaut einer solchen Erklärung ihre Stellung abhängig, ob sie auf eine große außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstags vor der Pause bestehen. Der

Restezeit ist jedenfalls nicht zu einer Verständigung gekommen. Im Zusammenhang mit den Steuerhandlungen sollen die innerpolitischen Fragen besprochen werden und im Anschluß daran wird dann der Reichstag selbst abzustimmen haben, ob er eine außenpolitische Aussprache wünscht. Die bürgerlichen Parteien sind vorläufig dagegen, weil sie sich im gegenwärtigen Augenblick davon keine Vorteile versprechen. In parlamentarischen Kreisen wird auch behauptet, daß die Sozialdemokraten sich nur überstimmen lassen wollen. Aber eine Ueberstimmung wäre trotzdem nicht ganz unmöglich, zumal der Ausbruch des Metallarbeiterstreiks in Berlin und das Scheitern der Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die wertbeständigen Löhne eine gewisse Verschärfung der inneren Lage herbeigeführt haben.

Die Verhandlungen zwischen Dr. Cuno und Nuntius Pacelli.
 Berlin, 6. Juli. Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit dem Apostolischen Nuntius geht uns folgendes Communiqué zu: Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Heiligen Stuhls eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelter Versuch der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhl darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen. Die Reichsregierung wird, wie die „Börs. Ztg.“ hört, vermutlich das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Nuntius Pacelli in einer Note niederlegen, die in nächsten Tagen dem Nuntius zur Weitergabe an den Hl. Stuhl übergeben werden soll. Der Nuntius wird heute die Rückreise nach München antreten.

Frankreichs Angst vor Deutschland.
 London, 5. Juli. Der vormalige Privatsekretär Lloyd Georges, das Unterhausmitglied Sir Eduard Grigg, führte in einer Rede in seinem Wahlkreis aus, die Schwierigkeiten mit Frankreich seien nicht auf die Reparationsfrage zurückzuführen. Wenn es sich nur darum handelte, würde schon eine Regelung erreicht sein. Frankreich fürchte, es werde offenbar wenn es zulasse, daß Deutschland sich erhole, durch die Hilfsquellen die Organisationsfähigkeit und die ständig wachsende Bevölkerung seines Nachbarn erdrückt werden, ohne daß dieser es nötig habe, einen Krieg zu beginnen. Dem gegenüber wolle Großbritannien Frieden und Wiederaufbau. Wenn Frankreich weiterhin einen unparteilichen Schiedspruch ablehne, so müsse ihm gesagt werden, es solle seinen Weg allein weiter verfolgen. Er hoffe, die Regierung werde Frankreich gegenüber freundlich, aber sehr fest auftreten.

Gelogen wie...
 In der Nachmittags-Sitzung der französischen Kammer vom 5. Juli warf der kommunistische Abg. Marcel Cachin erneut die Frage auf, ob es zutrefte, daß die französische Regierung die separatistischen Agenten im Rheinland und die faschistischen oder royalistischen Agenten in Bayern mit Geld unterstützt habe. Der die Regierung vertretende Minister Ribot, bestritt diese Behauptung auf das Entschiedenste. Die französische Regierung betreibe in Deutschland eine sehr klare, unzweideutige und offene Politik, die die Mehrheit der Kammer gebilligt habe, und die Regierung bedauere, daß Cachin und seine Freunde sich ihr nicht anschließen. — Darauf, antwortete Cachin, können Sie lange warten!

Die Saarregierung eine verschleierte französische Regierung.
 Genf, 7. Juli. Ueber die Vernehmung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Land, der von der französischen Presse immer als Landrat bezeichnet wird, während er in Wirklichkeit ein zu diesem Amt in keiner Weise befähigter Kaufmann ist, erfahre ich, daß sie auf die Mitglieder des Rats den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hat. Als Branting ihn fragte, wie denn die saarländische Bevölkerung sich im allgemeinen zur Regierungskommission verhalte, begann Land mit einer langstieligen Schilderung seines Lebenslaufes, die ermüdend wirkte und schließlich unterbrochen wurde. Als man Land fragte, wie er zu der vielbesprochenen Notverordnung gestanden habe, erklärte er, er habe sich der Stimme enthalten, weil er erst 2 Tage im Amte gewesen sei. Als persönlichen Eindruck einiger Zuhörer bei der Vernehmung der Regierungskommission kann festgestellt werden, daß die Antworten des saarländischen Mitgliedes der Kommission allein genügt, um die Notwendigkeit einer gründlichen Aenderung laut werden zu lassen. Die Schweigsamkeit und die gefügige Anhänglichkeit der übrigen Mitglieder an Herrn Kaulst mit einziger Ausnahme des

Kanadiers Vaughn bewiesen nach dem Eindruck meiner Gewährsmänner, daß die Befürchtung Lord Robert Cecil's nur zu berechtigt sei, daß nach dieser Unterredung die Saar-Regierungskommission in England und in der übrigen Welt nichts anderes als eine verschleierte französische Regierung angesehen werden könnte.

Ein französisch-belgischer Schritt in Berlin.

Energische Antwort der deutschen Regierung.
 Berlin, 7. Juli. Nach Abschluß der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem apostolischen Nuntius über die Sabotageakte haben gestern der belgische Gesandte und nach ihm der französische Botschafter im Auswärtigen Amt den Vorfälle auf der Rheinbrücke bei Duisburg mündlich zur Sprache gebracht. Beide Missionsschefs haben als Auffassung ihrer Regierung dargelegt, daß sich die Reichsregierung durch ihre Verordnung für den passiven Widerstand und durch Beteiligtelegramme auch für die aktivistischen Erscheinungen des Widerstands verantwortlich gemacht habe. Aus diesem Grunde müsse die belgische und die franz. Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis für die Beteiligung von Deutschen hat der belgische Gesandte mitgeteilt, daß bei der Rheinbrücke Bruchstücke einer Explosionsbombe gefunden worden seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den beiden Vertretern im folgenden Sinne geantwortet: Der Vorfälle bei Duisburg ist der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hatten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Aber selbst, wenn an dem Vorfälle Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, könne nicht zugegeben werden, daß die deutsche Regierung irgend eine Verantwortung dafür trage, oder in irgend einer Weise zu derartigen Akten ermutigt habe. Die von der deutschen Regierung zu Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des spontanen, aus der Seele der Bevölkerung emporgewachsenen Widerstands. Die Beteiligtelegramme im Falle Schlageters seien durchaus natürliche und selbstverständliche Kundgebungen, nachdem ein deutscher Mann von fremden Schiedsgerichten auf deutschem Boden für eine wahrlich nicht aus ethischen Motiven begangene Tat widerrechtlich verurteilt und hingerichtet worden sei. Es stehe doch außer Zweifel, daß seine Absicht nicht auf Blutvergießen sondern darauf gerichtet gewesen sei, den Besatzungstruppen die unrechtmäßige Benützung deutscher Verkehrsmittel unmöglich zu machen. Eine Umdeutung der Begriffe sei es, wenn sich jetzt Frankreich und Belgien für berechtigt hielten, Deutschland für die Folgen ihres rechtswidrigen Einmarsches in das Ruhrgebiet und für die Folgen des maßlosen Terror's der Besatzungstruppen verantwortlich zu machen. Man dürfe nicht vergessen, daß, bevor irgend einem Belgier oder Franzosen im besetzten Gebiet auch nur ein Haar gekrümmt worden sei, bereits mehr als 20 Deutsche schuldlos ihr Leben unter den Augen der Besatzungstruppen einbüßen mußten. Ein Gewaltakt, wie er nach den belgischen und französischen Darstellungen auf der Duisburger Brücke begangen worden sei, liege nicht in der Absicht, und der Politik der deutschen Regierung, die nicht unterlasse, die gepeinigte Bevölkerung zum besonnenen Verharren auf der Linie des passiven Widerstands zu bewegen. Die Angaben, daß man am Ort der Tat Trümmer einer Bombe gefunden habe, können jedoch keineswegs genügen, um die deutsche Regierung von einer verbrecherischen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. In diesem Zusammenhang müsse z. B. daran erinnert werden, daß sich nach französischen Meldungen in letzter Zeit wiederholt Fälle ereignet hätten, wo französische Soldaten von ihren eigenen Kameraden erschossen worden seien. Was die deutsche Mitwirkung bei der weiteren Behandlung des Falls anbelangt, so werde sich die Reichsregierung dazu äußern, sobald ihr in substantiierter Form das Ergebnis der bisherigen Untersuchung vorgelegt werde. Im übrigen sei zu bemerken, daß die deutsche Regierung in mehreren Fällen gefordert habe, den deutschen Behörden zu einer Untersuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dieser Forderung sei niemals entsprochen worden. Ebensowenig habe die französische Regierung auf den wiederholten Vorschlag eine internationale Untersuchungskommission zur Festlegung des Tatbestandes einzusetzen, eine Antwort erteilt.

Paris, 8. Juli. Die Morgenblätter begnügen sich in der Mehrzahl damit, die kritischen Kommentare ihrer Berliner Berichterstatter zu dem Schritt der diplomatischen Vertreter Frank-

reichs und Belgiens in der Frage der Sabotage-Akte wiederzugeben. So schreibt der Matin von einer seltenen Annäherung des deutschen Außenministers. Es ist klar, daß Herr von Rosenbergs keine derartige Sprache führen werde, wenn seine Beziehungen zu London ihm nicht Grund geben, einige Hoffnungen auf die englische Regierung zu setzen. Da man eine nur zu gerechte Aufforderung nach Berlin geschickt habe, werde man sich nicht mit einer ausweichenden Antwort begnügen können. Als man diese Aufforderung formuliert habe, habe man sehr wohl auch Maßnahmen vorgesehen, die im Weigerungsfalle getroffen werden sollten.

Eine deutsche Note über die Sabotageakte?
 Berlin, 7. Juli. Wie die Börs. Ztg. hört, wird vermutlich die Reichsregierung das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius zusammenfassend in einer Note niederlegen, die in den nächsten Tagen dem Nuntius zur Weitergabe an den Papst übergeben wird. Es habe den Anschein, als ob auch die vatikanischen Kreise von dem Verlauf der Berliner Verhandlungen durchaus befriedigt seien. Gewisse Kreise in Berlin hätten versucht, die Regierung daran zu hindern, sich deutlich dahin auszusprechen, daß sie die Sabotageakte verurteile. Diese Absicht sei aber mißlungen und die Erklärung der Reichsregierung werde überall mit Genugthuung aufgenommen werden.

Deutschlands Reparationsleistungen.

Notwendige Feststellungen gegenüber französischen Behauptungen.
 Berlin, 6. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstages ersuchte heute dessen Vorsitzender, Abg. Gehmann (SPD) die Reichsregierung, sich zu der jüngsten Rede des ehemaligen Präsidenten der Reparationskommission Dubois in der französischen Kammer zu äußern, der die von Deutschland zugegebenen Reparationszahlungen als übertrieben bezeichnet hat. Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium erklärte hierauf: Herr Dubois hat behauptet, daß die in der Denkschrift des statistischen Reichsamtes „Die Wirtschaftslage Deutschlands nach dem Krieg“ enthaltenen Zahlen falsch seien, insbesondere seien die Ziffern über die deutschen Sachlieferungen phantastisch. Dubois behauptet, daß Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 nur 1 490 000 000 Goldmark in bar und 3 945 000 000 an Sachlieferungen, also insgesamt 5 435 000 000 Goldmark geleistet habe. Gegenüber diesen Behauptungen stellt Staatssekretär Schröder folgendes fest:

Nach den Veröffentlichungen der Reparationskommission hat diese Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 an Barleistungen 1757, an Sachlieferungen 6175 Mill. Goldmark zusammen also 7932 Millionen Goldmark gutgeschrieben. Die Reparationskommission hat selber erklärt, daß es sich hierbei nur um eine vorläufige Guttschrift handele. Die Reparationskommission hat sich bisher noch nicht annähernd mit allen deutschen Leistungen und Lieferungen beschäftigt.

Wenn Herr Dubois sich als Präsident der Reparationskommission wirklich ernsthaft mit den Dingen beschäftigt hat, so müßte ihm bekannt sein, daß die von Deutschland beanspruchten Guttschriften sich auf rund 20 Milliarden belaufen und daß bei deren Beachtung nicht der viel höhere Wert der volkswirtschaftlichen Leistungen, sondern die Zwangspreise des Vertrages von Versailles zugrunde gelegt sind.

Weiter mußte er wissen, daß zu diesen 20 Milliarden an unmittelbar guttschriftfähigen Leistungen noch 11,7 Milliarden aus dem Wert des liquidierten deutschen Eigentums in den Entente-Ländern zuzugerechnet sind. Dazu kommen noch die Leistungen aus den abgelieferten Kriegsschiffen, aus Reichs- und Staatseigentum in abgetretenen Gebieten, im Urteilsverfahren usw. im Gesamtbetrage von 3,7 Milliarden Goldmark.

Ueber alle die Ziffern und Leistungen wurde mit der Reparationskommission seit Jahr und Tag verhandelt und es sei eine Irrführung der öffentlichen Meinung in Frankreich, wenn Dubois behauptet, Deutschland habe bis zum 31. Dezember 1922 nur 5 1/2 Milliarden Goldmark geleistet, wenn abgesehen davon, daß die Reparationskommission selber viel höhere Ziffern für diesen Zeitraum angegeben hat, stellen diese Ziffern nur eine vorläufige Guttschrift der Reparationskommission dar.

Für eine Betrachtung der Leistungen Deutschlands aus dem Vertrag von Versailles komme es nicht darauf an, was der Kalkulator der Reparationskommission auf Grund der Rechnungsunterlagen den Empfängerstaaten gutschreibt, sondern maßgebend ist der Wert, der der deutschen Volkswirtschaft entgegen und den fremden Volkswirtschaften unmittelbar zugeflossen ist. In diesem Zusammenhang seien die von der deutschen Regierung veröffentlichten Ziffern richtig.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

44) Nachdruck verboten.
 „Ich will es gern bestellen.“
 „Und — doch ich überlasse es Ihnen, Herr Doktor, darüber zu sprechen oder zu schweigen, Frau Wengdorf gefällt mir nicht. Sie spricht vom Sterben. Der Arzt äußert sich nicht. Ich aber habe den Eindruck daß ihr Zustand Anlaß zur Sorge gibt.“
 „Ich möchte Hubert nicht beunruhigen. Vielleicht leben Sie auch zu schwarz, Fräulein. Und wenn Frau Wengdorfs Befinden sich verschlimmert was mir vorläufig wohl nicht zu befürchten haben, so wird der Mann nicht zögern, Hubert zu benachrichtigen.“
 Er blieb stehen. Er wagte es nicht, sie anzusehen, aus Furcht sich zu verraten. Er staunte selbst, daß er es fertig brachte, so kühl und sachlich mit ihr zu sprechen, sie mit „Fräulein“ anzureden, der er am liebsten alle erdenklichen Schmeicheltönen gegeben hätte.
 Er konnte ja nichts weiter für die heimlich Geliebte tun, als für ihr Wohl zu wirken. Das sollte aber auch gelingen. Wenn Franz Harnisch eine Gerissenheit, ein Verbrechen begangen hatte, dann wehe ihm. Mertens würde es herausbekommen. Ihm stand der Apparat der Kriminalpolizei zur Verfügung, doch mußte er noch nicht, ob er diese in Anspruch nehmen würde.
 Hastig verabschiedete er sich nun. Wenn etwas Besonderes vorliegt, erhalten Sie Nachricht. Aber auch nur dann. Leben Sie wohl, mein Fräulein. Halt, die Adresse von Frau von Hecht muß ich noch haben!“
 Almida nannte sie ihm. Und dann ging er schnell davon. Almida sah ihm nicht nach. Ihre Gedanken waren bei Hubert, und so wunderbar war ihr zumute, als stehe ihr etwas Gutes bevor, als nahe ihr ein großes Glück. —
 Doktor Mertens gab sich, ganz von der Mission eingenommen, die er sich selbst aufgetragen, nach seiner Wohnung.

Es war ihm, als könnte er nicht schnell genug fortkommen, als müsse er in größtmöglicher Eile seine Kasse antreten, um nur nichts zu veräumen.
 Er hatte alles bis ins kleinste vorbereitet. Der Bureauvorsteher hatte eingehende Instruktionen erhalten, er war ein zuverlässiger Beamter. Mertens schenkte ihm volles Vertrauen. So war denn alles aufs beste eordnet.
 Der Rechtsanwalt sah noch ein wenig und verabschiedete sich dann von seiner Geschäftsführerin. Er hatte die Kassetasche schon in der Hand. Sein Zug fuhr erst in einer Stunde. Aber er lebte es, zeitig auf dem Bahnhof zu sein. Er kündete sich noch eine Zigarre an. Die alte Geschäftsführerin wünschte ihm eine glückliche Reise.
 Da klingelte es. Der Depeschbote erschien und brachte dem Rechtsanwalt ein Telegramm.
 Unerwartlich über diese Störung öffnete er es. Die Depesche kam von seiner Base Liselotte; sie schrieb:
 „Dein Kommen nicht mehr nötig. Habe dem Harnisch meinen Groll und meine Geringschätzung offen ausgesprochen und ihm gesagt, daß ich lieber in den Tod gehen, als ihm angehören würde. Im Hause erhob sich ein Sturm von Unwillen gegen mich. Aber ich bin gewappnet gegen das Unwetter. Den Kopf können sie mir ja nicht abreißen. Ich bin so froh darüber, daß ich den Mut fand, energisch für meine persönliche Freiheit einzutreten, so froh, ich kann es Dir nicht sagen. Mag Herr Harnisch mit seinen Millionen beglücken, wen er will, ich wünsche ihm alles Gute. Ich bin ihm los, das ist für mich die Hauptsache. Lieber denn doch noch eine alte Jungfer als die Frau eines Menschen werden, an welchem mir alles, selbst sein Atem, widerwärtig ist.“
 Mit Gruß Deine Base Liselotte Schöler.“
 Gedankenvoll faltete Mertens das Telegramm wieder zusammen. Seine Verstimmlung über die Störung war verflogen. Diese Zeilen muteten ihm überaus sympathisch an. Seine Base kam ihm wie eine Heldin vor.
 Sie mußte ein energisches und entschlossenes Geschöpf sein. Es gehörte Willenskraft dazu, sich dem Druck, dem Einflusse der Familie gänzlich zu entziehen. Dies imponierte ihm.

Anderen Mädchen waren erpicht darauf, sich um jeden Preis den Namen „Frau“ zu erringen. Leichtfertig gingen sie in die Ehe, ohne Liebe, ja ohne Interesse für den Mann, der ihnen vertrauensvoll seinen Namen gab. Nach der Hochzeit begann dann fast ausnahmslos das Elend. Die Scheidung ist dann häufig die unausweichliche Folge. Da wird dann vor den Richtern Bände gemähten, grobe und feine! Der Rechtsanwalt hätte Bücher darüber schreiben können.
 Wie widerwärtig erschienen ihm solche Fälle, die ja leider zu den Alltäglichkeiten gehören!
 Und wie bewundernswert war im Gegensatz dazu die Handlungsweise seiner Base, die auf Millionen verzichtete, um sich ihr freies Menschentum zu wahren!
 Sie mußte ein guter, ein tüchtiger Mensch sein. Wie kam es, daß sie nicht in erster Jugend den Mann gefunden hatte, mit welchem ihr Herz den Bund fürs Leben geschlossen hätte! Wie kam es?
 War Liselotte so kühl veranlagt, daß ihr die Fähigkeit, hingebungsvoll zu lieben, abging? ...
 Die Uhr auf dem Kamin schlug, sie kündete an, daß Mertens hier eine volle Viertelstunde grübelnd auf einem Fleck gestanden hatte.
 Seit Wochen, seit Monaten war es wohl das erstmal, daß seine Gedanken sich eingehend mit etwas anderem, als mit Almida beschäftigt hatten.
 Nun aber drang alles, was mit ihr zusammenhing, wieder voll auf ihn ein.
 Seine Reise war gegenstandslos geworden. Liselotte, welche seiner so sehr bedurft hatte, brauchte seine Hilfe nicht mehr. Nun ein paar Minuten lang schwankte er. Dann war sein Entschluß gefaßt. Er wollte trotzdem reisen.
 Er war nach wie vor willens, Almida ihr Recht zu verschaffen. Sein Argwohn, daß Franz Harnisch ein schweres Unrecht, ja ein Verbrechen begangen, kam nicht zur Ruhe. Er liebte Almida, und seine Pflicht war es, für sie zu retten, was zu retten war.

Unter der Fremdherrschaft.

Nachprüfung des Duisburger Unglücks durch Testa. Rom, 6. Juli. Es verlautet, daß Monsignore Testa vom Papste beauftragt worden sei, über die wahre Ursache des Eisenbahnunglücks bei Duisburg nachzuforschen...

Sanktionen für das unaufgeklärte Duisburger Unglück.

Paris, 8. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission auf Antrag des belgischen Oberkommissars beschlossen, den Gemeinden, auf deren Gebiet das angebliche Attentat auf den belgischen Umlaufbegang begangen wurde, unter solidarischer Haftung zur Bezahlung von 630 Millionen Mark an die französisch-belgische Eisenbahnregie aufzulegen...

Unerhörte Sanktionen.

Paris, 8. Juli. Nach einer von Havas veröffentlichten amtlichen Düsseldorf Meldung wurde als Vergeltung für die Festnahme des in Mannheim wohnenden französischen Staatsangehörigen Edmund Schudes, der angeblich widerrechtlich von den deutschen Behörden in Schutzhaft gehalten wird, von den französischen Behörden angeordnet, alle 2 Tage angeführte deutsche Persönlichkeiten zu verhaften und bei gleicher Behandlung, wie sie Schudes erfährt, solange einzubehalten, bis dieser freigelassen sei...

Verlängerung der Verkehrsperre?

Berlin, 7. Juli. Nach hier vorliegenden Meldungen beabsichtigen die Franzosen, die von ihnen über das Rhein- und Ruhrland verhängte Verkehrsperre nach deren bevorstehenden Ablauf um weitere sechs Wochen zu verlängern unter der Begründung, es seien die Urheber der Explosion auf der Duisburger Rheinbrücke noch nicht ermittelt. Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Grüner, der beantragt vertrieben wurde, und in Elberfeld seinen Amtssitz genommen hat, hat an den gegenwärtigen im Ruhrgebiet weilenden päpstlichen Delegaten Testa ein Schreiben gerichtet, in dem er die ungeheuren Schwierigkeiten für die Lebensmittelversorgung darlegt.

Brutale Handhabung der Verkehrsperre.

Essen, 5. Juli. Mit welcher Brutalität von den Franzosen die Absperrung der Befehle von dem unbefestigten Gebiet ohne Rücksicht auf die hervorgerufene Lebensmittelkatastrophe gehandhabt wird, zeigt die Tatsache, daß Militärtransporte in das besetzte Gebiet nicht hineingelassen werden. Ferner wird die Ein- und Ausreise von Geistlichen, die Sterbenden die letzte Delung bringen wollen, verweigert. Ebenso sind Krankentransporte zwischen dem besetzten und unbefestigten Gebiet verboten worden, was besonders die ländliche Bevölkerung beim Fehlen ausreichender ärztlicher Fürsorge hart trifft.

Geiseln in Eisenbahnhöfen als Garantien.

Paris, 6. Juli. Havas meldet aus Düsseldorf, die belgischen Militärbehörden haben im Anschluß an das Eisenbahnunglück auf der Duisburger Brücke beschlossen, deutsche Staatsangehörige als Geiseln in den Zügen mitzunehmen, um dadurch neue Sabotageakte zu verhindern. In jedem Wagen der einzelnen Züge sollen ein oder zwei Deutsche als Geiseln geführt werden, und wenn trotzdem die Sabotageakte kein Ende finden, soll die Zahl der deutschen Geiseln erhöht werden. Die Havasagentur verwendet sorgfältig das Wort „Geiseln“ und spricht von Garantien, die durch die zwangsweise Mitnahme von deutschen Personen gegeben werden sollen. Diese Geiseln in Eisenbahnhöfen haben ihren Vorgang bereits aus dem Weltkrieg, während dessen die Alliierten auf ihren Schiffen — besonders im Mittelmeer — deutsche Kriegsgefangene zu demselben Zweck mitführten.

Hart auf hart.

Berlin, 6. Juli. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: Im Lauf des heutigen Vormittags hat sich in Duisburg eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Justizbehörden und der Geistlichkeit in das Hauptquartier des kommandierenden belgischen Generals begeben, um dem General das Bedauern über die jüngst erfolgte Katastrophe bei Hofeld auszusprechen und um die Befreiung der Geiseln zu bitten. Der General hat es abgelehnt, die Abordnung zu empfangen und ihr durch einen Offizier sagen lassen, eine Befreiung der Geiseln oder eine Erleichterung ihres Loses, sowie eine Milderung der verhängten Strafmaßnahmen könne nicht in Frage kommen.

Wozu Le Rond umherreist.

„Corriere de la Serra“ meldet aus Belgrad, der Besuch des Generals Le Rond habe die Aufgabe die serbische Armee zu inspizieren und festzustellen, welche Staaten Rumänien im Falle eines Bolschewikenangriffes zu Hilfe kommen. Der Besuch Le Ronds hat jedoch nicht den gewünschten Erfolg gezeigt, weil Serbien und die Tschecho-Slowakei unter keinen Umständen gegen Rußland auftreten werden, da die Sympathien zu Rußland groß sind.

Rücktritt Pilsudskis.

Warschau, 6. Juli. Der Präsident der polnischen Republik hat an Marshall Pilsudski ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Bitte um Entsetzung von dem Posten als Vorsitzender des engeren Kriegsrates annimmt.

Die Verfolgung des Auslandsdeutschtums.

Wie zielbewußt und skrupellos Frankreich auch gegen das vaterländisch denkende und in deutschem Sinne arbeitende Auslandsdeutschtum vorgeht, wird aus dem Schicksal einer deutschen Zeitung in Guatemala erhellt. Dort hatte ein Herr Julius Jaquet mit einem anderen Deutschen E. Bekker, im vorigen Jahr die Zeitung „El Universo“ gegründet und mit echt deutschem Fleiß und Wagemut in kurzer Zeit auf die Höhe gebracht. Gegenüber den viel langameren Arbeiten der anderen Zeitungen, hatte sich „El Universo“ stetig auf die Arbeit der Gründer und gestützt auf einen modernen Maschinenpark bald zu Bedeutung und Blüte entwickelt. Die Zeitung, die in spanischer Sprache erschien, vertrat die deutschen Interessen und fiel alsbald dem französischen Gesandten bei dem südamerikanischen Staat auf. Auf sein Drängen, das durch umfangreiche „Geldspenden“ unterstützt wurde, hat vor kurzem die Regierung von Guatemala, nachdem sonstige Sanktionen nichts fruchteten, das ungeheuerliche Gesetz herausgebracht, nach Ausländern der Befehl oder der Mißbefehl von in spanischer

Sprache erscheinenden Zeitungen bei Strafe der Landesverweisung verboten wird.

Mit diesem ad hoc erlassenen Gesetz war das Schicksal der Zeitung besiegelt, die für das Deutschtum so mühsame Tätigkeit ihres Gründers lahmgelegt. Herr Jaquet hat unter Verlust seines gesamten Vermögens Guatemala verlassen müssen und sich nach Mexico begeben, wo er seine Kraft wieder in den Dienst der deutschen Sache gestellt hat, was in Mexico ja bekanntlich erlaubt ist. An Brutalität und Zielbewußtheit in der Verfolgung alles Deutschen, läßt das durch die ganze Welt verbreitete System der französischen Regierung nichts zu wünschen übrig.

Ein französischer Spion vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 5. Juli. Der Senat für erstinstanzliche Strafsachen des Reichsgerichts verurteilte heute den Kaufmann Hadenbruch in einer nichtöffentlichen Verhandlung wegen Spionage und verurteilte Spionage zu 5 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft und 5 Jahren Ehrverlust sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Der Angeklagte hat im Jahre 1921 für den französischen Nachrichtendienst der Befehlungsbehörde in der Pfalz versucht, Mitteilungen über deutsche Organisationen, Waffen und vor allen Dingen die damals bestehende Pfälzentrategie auszuspienieren, die den Kostentransportbestrebungen der Pfälzer Separatisten entgegenarbeitete.

Politik gegen Wirtschaft?

Es gibt in Deutschland Kritiker unseres Abwehrkampfes im Westen, die im Hinblick auf die „ungeheuren Verluste“ ja einem schleunigen, wenn auch unvorteilhaften Frieden raten. Sie berechnen, daß seit der französisch-belgischen Ruhraktion der deutsche Papiergeldumlauf auf mehr als das Dreifache gestiegen ist, daß die Teuerung sich verachtfacht, der Stand der Devisenkurse etwa verzehnfacht habe. Sie weisen nach, daß der Leerlauf der deutschen Wirtschaft immer ungeheurerlicher, das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch immer schärfer und die Not breiter Volksschichten immer untröstlicher wird. Sie meinen, — oder wenigstens sie behaupten, — daß ein Nachgeben Deutschlands gegenüber den französisch-belgischen Forderungen besonders in der Frage des passiven Widerstandes unsere Leiden mildern und verkürzen werde. Sie sehen die gleiche Lage gekommen wie im Sommer 1918, als die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten eine deutsche Kapitulation zur „Notwendigkeit“ machten, und wie im Juni 1919, als wir mit unserer Unterschrift unter den Versailler Vertrag die Erlösung von der mörderischen Blockade hofften und erzielten. — Allen diesen schwachen Gemütern und schwachen Rechnern ist das weltpolitische Geschehen immer noch ein Rosenkranz lose aneinander gereihter Ereignisse. Es ist nämlich wahrhaftig nicht Trost und Kampfbegier, was so viele andere Deutsche veranlaßt, vor jählicher Nachgiebigkeit zu warnen. Es ist vielmehr das Bewußtsein, von der Plamäßigkeit des auf uns heraufbeschworenen Unheils, was solchen Männern jede Hoffnung raubt, daß unsere Widerfacher durch eine Selbstenttarnung Deutschlands und durch seinen freiwilligen Verzicht auf eine Großmachtstellung in der Welt verhöhnt werden können.

Was in den letzten Monaten in Deutschland geschehen ist und auch in den nächsten Wochen und Monaten weiter fortgeführt werden muß, erscheint nach außen als ein Kampf zwischen Politik und Wirtschaft. Ungeheure wirtschaftliche Werte werden vernichtet, oder gefährdet, um die von der Reichsregierung am 12. Januar feierlich verkündigte Abwehrpolitik weiterzuführen. In gewissen Kreisen raunt man es sich zu, daß die deutsche Wirtschaft und überhaupt das deutsche Volk zu schade seien, um den derzeitigen Machthabern als Objekt für die Betätigung von Trost und Unnachgiebigkeit zu dienen. Die Dinge gewinnen allerdings ein anderes Gesicht, wenn man größere Zeiträume unter die Lupe nimmt. Vergleicht man den Stand der deutschen Wirtschaft und Finanzkraft von Mitte 1919 mit dem um die Jahreswende 1922-23, so findet man, daß trotz fast widerstandloser Nachgiebigkeit ein erschreckender Verfall des deutschen Wohlstandes und der deutschen Produktionskraft eingetreten ist. Durch Preisgabe von Lebensinteressen können wir — das geht aus der Geschichte der letzten Jahre unzweifelhaft hervor — höchstens das Tempo verlangsamten, in welchem es mit uns abwärts geht. Dies widerstandlose Absinken hat ja eine weit über die Gegenwart und die nächste Zukunft hinausgehende verheerende Bedeutung für die Moral des deutschen Volkes. Jede Entschluß- und Tatenscheitern und damit jedes Vertrauen auf die Zukunft gehen verloren! Wenn wir jetzt in den Kampf gegen den Vernichtungswillen unserer westlichen Nachbarn große Teile von dem Rest unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte opfern, so ist das keine sinnlose Vergeudung, sondern zweckvoller Einsatz! Der einzelne Mensch wie das einzelne Volk werden in Lagen veretzt, in denen sie um höhere Zwecke willen ihre Gegenwartsinteressen verleugnen, ja geradezu ruinieren müssen. So ist es heute in Deutschland. Wir lassen unsere Wirtschaft, unsere Finanzen und unsere Volksgesundheit verfallen, um von der kommenden Generation unabsehbares Elend abzuwenden. Wir stürzen uns nicht hoffnungslos und verzweifelt in eine bodenlose Tiefe, sondern wir durchschreiten opferbereit und entschlossen, aber doch hoffnungsvoll eine tiefe Schlucht, die uns heute von besseren Gefilden trennt. Genau so wie der Soldat dem Politiker weichen muß, muß heute der Wirtschaftler vor dem Politiker verkommen. Aber die Zeit für den Wirtschaftsreformer wird kommen und an ihn Anforderungen stellen, wie nie zuvor.

Der Streit um die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 6. Juli. Im Reichsarbeitsministerium hat gestern eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Einführung wertbeständiger Löhne verhandelt. Da eine endgültige Regelung nicht erzielt werden konnte, wird sich nunmehr das Reichskabinett unmittelbar mit der Frage befassen. — Von den Arbeitnehmergruppen erschaften aller Richtungen geht eine Mitteilung aus, in der es heißt, daß die mit Vertretern der Arbeitgeber unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers geführten Verhandlungen über die Anwendung des Lebenshaltungssindex auf vereinbarte Löhne und Gehälter ergebnislos verlaufen sind, weil die Arbeitgeberverbände erklärten, daß sie diese Frage noch nicht als genügend geklärt ansähen. Die Spigengemeinschaften konnten dem von Arbeitgeberseite gestellten Vorschlagsantrag nicht zustimmen. Unabhängig von weiteren Verhandlungen halten sie es für unbedingt erforderlich, daß den Wünschen der Staatsarbeiter- und Beamtenvereinigungen auf Übernahme des Anpassungssystems sofort nachzukommen wird. Das Kabinett wurde von dieser Stellungnahme unterrichtet. Die sog. dem. Fraktion im Reichstag hat zur Frage der Wertbeständigkeit der Löhne einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, sofort auf Grund des Ermächtigungs-

gesetzes vom 24. Febr. ds. Js. eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit der Gehälter und Löhne aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden zu erlassen. Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgestellten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Konsumziffer) gebracht wird. Nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterstufungen wertbeständig zu sichern. Die zuständigen Stellen sind anzumelden, Tarifverträge, die Klauseln zur Erreichung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu erklären. Aufträge des Reichs sind nur solchen Firmen zu erteilen, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeführt haben.

Der Steuerkrieg.

Berlin, 7. Juli. Wieder eine Anzahl von kleinen Vorlagen die der Reichstag noch vor der Ferien erledigen soll, darunter ein Gesetz über eine schärfere Aufsichtigung der Gemeindebehörden in Sachen der Wohnungsnot und daneben ein Nachtragsetat der fast 20 Millionen fordert, aber trotzdem ohne jede Aussprache angenommen wird.

Der eigentliche Tafelauffatz der Freitagssitzung sind die Vorlagen über die Erhöhung der Verbrauchssteuern, der Steuern auf Bier, Spielkarten, Mineralwasser, Leuchtstoffe, Zigaretten, Salz und Zucker. Die Sozialdemokraten haben darüber hinaus noch Anträge zum Schutze der Währung und zur Einführung wertbeständiger Löhne eingebracht, die aber abgetrennt und am Samstag verhandelt werden sollen, um die Aussprache nicht zu sehr zu verwickeln. Im Ausschuss sind diese neuen indirekten Steuern gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen worden. Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie nur dafür zu haben wären, wenn der Finanzminister eine weitergehende Zusage über eine schärfere Erfassung auch der direkten Steuern machen würde. Die Rede des Finanzministers wird daher mit Recht an die Spitze der Debatte gestellt. Was Dr. Hermes allerdings bringt, ist nicht allzu viel. Er bemüht sich zwar sichtlich, in der Art, wie er die Frage der direkten Steuern ansatz, den Sozialdemokraten entgegenzukommen, insofern, was sie von ihm verlangen, sagt er nicht. Er kommt nicht darüber hinaus, zu versichern, daß in seinem Ressort geprüft wird, ob die Quellen der Einkommensteuer nicht in noch stärkerem Maße zum Fließen gebracht werden können. Ähnlich liegen die Dinge auch bei der Besitzsteuer. In der Vermögenssteuer soll eine neue Veranlagung am Schluß des Jahres vorgenommen werden. Ausgehen will man dabei von dem Wehrbeitrag und das Finanzministerium zerbricht sich die Köpfe, um einen Multiplikator zu finden, d. h. um Richtlinien zu finden, die allgemein gültig sind für die Geldbewertung. Außerdem sollen die Tarife nachgeprüft werden. Die Börsen bekommen mit der Erhöhung der Umsatzsteuer auf Effekten eine starke Mehrbelastung. Die Verbrauchssteuern sind in dem jetzt zur Beschließung stehenden Entwurf soweit möglich ist, dem schwankenden Geldwert angepaßt. Das ist schon deswegen nötig, weil der Gesamtertrag dieser Steuern augenblicklich hinter den Verwaltungskosten zurückbleibt. Der Minister kündigt aber gleichzeitig an, daß in absehbarer Zeit die Frage erwogen werden müsse, ob nicht neben dieser Anpassung an die Geldbewertung auch eine Erhöhung der indirekten Steuern erforderlich sei. Er benützt die Gelegenheit, um sich mit unseren vielen Gegnern im Auslande auseinanderzusetzen, die immer behaupten, daß Deutschland Steuerdrückereien im großen Maße treibe. Damit ist er am Ende und die Sozialdemokraten sind nicht befriedigt. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft bedauern die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie, beschränken sich aber auf kurze Erklärungen.

Baden.

Evng. Verband für die weibliche Jugend.

Evng. Verband für die weibliche Jugend. Vom 30. Juni bis 2. Juli hielt der Evng. Verband für die weibliche Jugend in Baden seine 12. Jahresversammlung ab. Aus allen Teilen des Landes waren kleinere und größere Gruppen herbeigeeilt, um sich in ihren Idealen stärken zu lassen. Der 1. und 3. Tag waren ernster Arbeit gewidmet. In der Mitgliederversammlung wurden die Fragen des Ausbaus und der Organisation besprochen; im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Erholungsheim „Tannenhof“ in Lohrbach bei Mosbach, das gerade in diesem Sommer eine wesentliche Erweiterung erfahren hat. Bei der Abendfeier in der stimmungsvollen Kapelle des Diakonissenhauses berichtete der Geschäftsführer, Pfarrer Wolfinger-Philippshausen, über die große deutsche Verbandsstagnation in Halle und rief Pfarrer Warner-Karlsruhe auf zum Kampf gegen den Alkoholismus, nachdem der Kirchenvorstand, das städtische Jugendamt und der V. D. I. Gröhe übermittelte hatten. Eine Arbeitsstunde der Führer und Führerinnen mit zeitgemäßen Referaten bildete den Abschluß. Der Sonntag aber gehörte ganz der Jugend. Ueber 1000 junge Menschen waren in der Frühe zur feinsten geschmückten Christuskirche gezogen, wo sie andächtig der Festliturgie des Pfarrers Huf-Mannheim und der Predigt des Pfarrers Joest-Weinheim lauschten. Beide gaben Kunde von dem, was dem Verband die Hauptsache ist: die Gründung auf den Christus der heil. Schrift. Seine Mädchenschöre erhobten die Feststimmung. Nachmittags fand im Hospiz F 7 eine überaus stark besuchte Jugendfeier statt, in der Kirchenrat v. Schöpfer den Gruß des Evng. Oberkirchenrates überbrachte, während die 2. Vorsitzende, Fr. Hauptlehrerin Janson-Mannheim den Willkomm der Mannheimer Vereine entbot, der 1. Vorsitzende Pfarrer Bender-Treschklingen ermunternde Worte sprach und Diakonissenpfarrer Scheel zum Diakonissendienst aufrief. Die Mannheimer Vereine erfreuten die festlich gestimmte Jugendgemeinde mit der Aufführung des Weibspiels „Die hl. Elisabeth“, das mit großer Spannung und Ergriffenheit aufgenommen wurde. Die Jahresstagnation brachte den Verband einen Schritt vorwärts. Man schied aus den gastlichen Mauern Mannheims mit dem ersten Willen: auf zur Tat!

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 8. Juli. (Vereinsbank.) Die Generalversammlung der Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H. genehmigte die Bilanz für 1922 und Gewinnverteilung nach den Vorschlägen des Vorstandes und Aufsichtsrats. Der Gewinn beträgt 1,8 Millionen, woraus 50% Dividende verteilt und 1,2 Millionen den Reserven zugeführt werden. Der Gesamtumsatz steigerte sich von 243 Millionen auf 2393 Millionen. Die Mitgliederzahl beträgt 1410. Die Haftsumme für einen Geschäftsanteil wurde auf 50000 Mk. festgesetzt. Heinrich Schmitt jr. wurde zum Kontrollenrat gewählt. Außerdem erfolgte die einstimmige Wiederwahl der statutenmäßig auszuführenden Aufsichtsratsmitglieder Friedr. Gg. Hagmaler, Fabrikant, Julius Laubis, Kaufmann und Heinrich Schmitt, Mühlenbesitzer.

* Sinsheim, 9. Juli. (Das Notgeld der badischen Gemeinden.) Da zurzeit keine Knappheit an Zahlungsmitteln mehr besteht, haben der Finanzminister und die Reichsbahndirektion Karlsruhe die Annahme des von den badischen Gemeinden ausgegebenen Notgeldes auf die Kassen am Ausgabeort und dessen engeren Wirtschaftsbezirk beschränkt.

* Sinsheim, 9. Juli. (Endlich Sommer.) Als die kühlen und regnerischen Sunitage gar kein Ende nehmen wollten, gab es wiederholt fachverständige Voraussagen, daß das ungewöhnliche Wetter auch im Juli anhalten würde. Das Gegenteil trat ein. Gestern abend zeigte das Thermometer noch 31 Grad Celsius. Wenn man sich der kalten Tage im Juni erinnert, wo die Durchschnittstemperaturen etwa 8 Grad betragen, dann wird es begreiflich, daß die vorzeitig eingetrossene Hundstagshitze jetzt besonders drückend empfunden wird. Kein Lüftchen regt sich, erst spät in der Nacht kommt einige Abkühlung.

△ Wiesloch, 6. Juli. (Ertrunken.) Unvorsichtiges Baden hat hier zu einem tödlichen Unglücksfall geführt. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr ist die 14 Jahre alte Tochter Anna des Hirschwirts im Stadteil Altwiesloch, Herrn Wettstein, die in der ziemlich tiefen Erzwäsche des Bergwerks ein Bad nahm, ertrunken. Sie konnte nur als Leiche geborgen werden. Der schwer betroffenen Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

† Dossenheim, 7. Juli. (Unfall.) Beim Heuholen stürzte der 47jährige Landwirt Georg Mühlbauer infolge Scheuens seiner Kuh vom Wagen. Er wurde überfahren, noch ein Stück weit geschleift, und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

○ Mannheim, 7. Juli. (Schwurgericht.) Das Schwurgericht begann mit dem Prozeß gegen die Mörder des Kaufmanns Sina Aronsfrau, Eduard Däumling und Max Ueber. Der 62jährige Kaufmann Sina Aronsfrau war am 22. Mai 1922 in seinen Geschäftsräumen von den beiden Angeklagten, die mit Masken und Schusswaffen versehen waren, überfallen worden. Als Aronsfrau ihrer Forderung zur Herausgabe von Geld nicht sofort nachkam, gab Däumling aus einer Armeepistole einen Schuß ab, durch den der Kaufmann sofort getötet wurde. Die beiden Angeklagten sind Söhne anständiger Leute, kamen aber früh auf Abwege. Schundliteratur und andere üble Einflüsse haben sie zur Tat veranlaßt. Das Urteil wird später bekannt gegeben.

b Mannheim, 7. Juli. (Großer Pelzdiebstahl.) In der Nacht von gestern auf heute wurden aus dem Schaufenster des Pelzgeschäftes B 1, Nr. 3 in Mannheim durch Einschlagen der Schaufensterscheibe nachfolgende Pelze gestohlen: 6 Breitschwanzfelle, echt und unverarbeitet, 2 Blaufuchsfelle, ebenfalls echt, unverarbeitet und noch geschlossen, 1 Sleatfuchs, unverarbeitet, 1 Weißfuchs, unverarbeitet am Bauch aufgeschnitten, 1 silberfarbiger Wolf, konfektionierter Damenpelz in Tierform mit Kopf und Schweif, 1 Blaufuchs, ebenfalls konfektioniert, und eine Buenos-Breitschwanzjacke, gefüttert mit weißer Seide, die schwarz-rot geblümt ist. Der Gesamtwert der gestohlenen Pelze beträgt 140 Millionen Mark. Für die Wiederbeschaffung hat die bestohlene Firma eine Belohnung bis zu 14 Millionen Mark ausgesetzt.

p Karlsruhe, 7. Juli. (Rücklichtloser Radfahrer) Donnerstag abend wurde ein Dienstmädchen von hier, als es an der Haltestelle Mühlburger Tor in einen Straßenbahn-

wagen einsteigen wollte, von einem 15 Jahre alten Schreinerlehrling, der seine 13jährige Schwester bei sich auf dem Rad mit sich hatte, angefahren und zu Boden geworfen. Da sie noch einen Korb mit 100 Eiern bei sich hatte, die mit zu Boden fielen, erlitt die Dienstherrin einen Schaden von 150 000 Mark.

b Wörzach, 7. Juli. (Raub überfall.) Auf der hiesigen Hauptverkehrsstraße, der Waslerstraße wurde ein frecher Raubüberfall von drei Gaunern auf zwei Kinder ausgeführt. Zwei zwölf Jahre alte Knaben fuhren mit einem Handwagen zur Stadt, um Holz zu holen und trugen zu diesem Zweck 40 000 Mark bei sich. Mit den Kindern kurzweil treibend, stahlen die Räuber ihnen das Geld aus der Tasche und verschwand spurlos, ohne daß die sofort ausgenommenen polizeilichen Nachforschungen zur Festnahme der Täter führten.

b Kirchheim, 7. Juli. (Ueberfahren.) Der Landwirt Fritz Walter war mit seinem Fuhrwerk fortgefahren, um Klee zu holen. Als man nach einer Stunde das Fuhrwerk führerlos antraf, ging man der Spur nach und fand Walter an einem Baum tot liegen. Wie der Tod eintraf, konnte nicht festgestellt werden. Anscheinend ist das eine Rad über Walter hinweggegangen. Der Verunglückte stand im 56. Lebensjahre.

p Ketsch, 7. Juli. (Tödlicher Anfall.) Im hiesigen Gipssteinbruch verunglückte der 17jährige Arbeiter Erne dadurch tödlich, daß er bei der Handhabung der Kippwagen an der Drahtseilbahn vom Drahtseil einen Schlag an den Hals erhielt, der ihm die Halsschlagader zertrümmerte.

t Engen, 5. Juli. (Große Besch.) hatten an einem der letzten hiesigen Schweinmärkte einige Landwirte aus einer umliegenden Ortschaft. Sie hatten sich um teures Geld junge Milchschweine erstanden und diese, wie es heute bei den Landwirten noch Sitte ist, in Säcke verpackt und sie einem Fuhrwerksbesitzer aus ihrer Ortschaft zum Heimtransport übergeben. Als der Besitzer des Fuhrwerks nach einer geraumen Zeit nach den Tieren schaute, fand er diese bis auf eines in den Säcken erstickt vor. Die Hitze und die geringe Luftzufuhr hatten bei den Tieren zum Erstickungstod geführt.

t Engen, 6. Juli. (Teures Heu.) In Wetterdingen kam bei einer Heugrasversteigerung der Morgen Heugras durchschnittlich auf eine Million Mark. Die hohen Preise dürften auch darauf zurückzuführen sein, daß der Aufkauf oft zu Spekulationszwecken stattfindet. So wurde ein hiesiger Landwirt in eine hohe Strafe genommen, weil er einen Wagen Heu in zweiter Hand mit 11 000 Mark Gewinn pro Ztr. weiterverkauft.

t Ueberlingen, 5. Juli. (Geld diebstahl.) In Klüster stahlen nachts Einbrecher dem Landwirt Jarlant 560 Franken 25 Silbermark, 750 000 Mark Papiergeld und verschiedene Kleidungsstücke.

□ Kauffen a. N., 7. Juli. (Eisenbahnunfall.) Der Führer eines D-Zuges, Munz aus Stuttgart, lehnte sich, um etwas nachzusehen aus der Maschine hinaus. Dabei wurde ihm von einem Stationspfeiler der Kopf abgerissen und der Körper herausgeschleudert.

b Kaufbeuren, 5. Juli. (Opfer eines Raubmordes.) Hier wurde der als Goldmünzensammler bekannte Privatier Otto Hagenmüller das Opfer eines Raubmordes. Man fand ihn mit zerquetschtem Kopf und Stößen im Hals in seiner Wohnung tot auf. Die Tat ist vermutlich in der Nacht vom Sams-

tag von zwei Männern verübt worden, deren Spuren nach München weisen.

Turnen, Sport und Spiel.

Vom deutschen Turnfest in München.

Das amtliche Programm für den Festzug am Sonntag, 15. Juli, ist jetzt ebenfalls ausgegeben worden. Es zeigt, wie eine riesenhafte Veranftaltung das Deutsche Turnfest in München sein wird. Die Festzugleitung hat nach den eingelaufenen Meldungen mit einer Teilnehmerzahl von 120 000 Turnern und Turnerinnen zu rechnen. Damit sowohl die Zugsteilnehmer als auch die Zuschauer voll befriedigt werden, werden zwei Festzüge gebildet, die auf ihrer ganzen Länge aneinander vorbeimarschieren. Saarländer, Rheinländer, Deutschböhmern, Ostdeutsche und Oberschlesier, die Ausländer, kurz alle Gauen des deutschen Sprachgebiets werden in den beiden Zügen vertreten sein. Punkt 10 Uhr setzen sich die beiden Festzüge in Bewegung. Um 12 Uhr künden Kanonenschläge ein kurzes Halt. Die Trommlerabteilungen schlagen einen kurzen Wirbel und künden damit die Ehrung der im Völkerringen gefallenen Turner an; die Fahnen werden gefenkt, die Kirchenglocken Münchens fordern zu kurzer Andacht auf, die Musik spielt „Ich hatt' einen Kameraden“, das Lied wird in seinen drei Strophen gesungen. Nach kurzem Trommelwirbel setzen die Züge ihren Weg fort.

Neueste amtliche Kurse

vom 6. Juli 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Anleihen:		Hohenlohe Nahrungsmittel	180 000 %
5 % Dtsch. Reichsanleihe	250 %	Kaiser Otto	160 000 %
Dt. Sparprämienanleihe	200 %	Lauffener Cement	180 000 %
Bankaktien:		Malschbaugel. Heilbr.	175 000 %
Darmstädter Bank	500 000 %	Saline Ludwigshalle	510 000 %
Deutsche Bank	725 000 %	Ufa	230 000 %
Dresdner Bank	440 000 %		
Rhein. Creditbank	200 000 %	Devisenkurse:	
Südd. Discontogel.	356 000 %	vom 7. Juli.	
Industrieaktien:		New-York 1 Dollar = Mk.	175 560
Ablenwerke Kleyer	280 000 %	Holland 1 Gulden = "	68 827
Allgem. Elektr.-Ges.	575 000 %	Schweiz 1 Franc = "	30 324
Bad. Anilin	610 000 %	London 1 Pfund = "	798 000
Chem. Griseheim	450 000 %	Paris 1 Franc = "	10 274
Daimler Motoren	241 000 %	Berliner Metallmarkt:	
Elektr. Licht u. Kraft	474 000 %	Elektrolytkupfer	Mk. —
Fuchs Waggon	220 000 %	Raffinadekupfer	" —
Heidelberger Cement	370 000 %	Hüttenweichele	" —
Höchster Farben	450 000 %	Zinn, Banca	" —
Karlsruher Maschinen	600 000 %	Hüttenrohjink	" —
Knorr Heilbronn	400 000 %	für 1 Kilo.	
Neckar. Fahrzeugw.	350 000 %	Hamburger Metallmarkt:	
Zellstoff Waldhof	396 000 %	Silber per Kilo	Mk. 4 400 000
Zuckerfabrik Heilbronn	270 000 %	Gold in Barren p. Gr.	—
" Waghäusel	250 000 %	Platin per Gramm	—
Schiffahrtsaktien:			
Hapag		Reichsbankdiskont	18 %
Nordd. Lloyd	640 000 %	Reichsbanklombard	19 %
Freiverkehrswerte:		Goldfr. Fr. 20 =	540 000 Mk.
vom 7. Juli.		Goldzollaufg.	2 588 900 v. H.
Benj Motoren	700 000 %	Goldbankkaufpreis	27 500 fache
Germania Linoleum	480 000 %	Silberankaufspreis	11 000 fache
Gummiwerke Neckar	37 000 %		

Amthliche Bekanntmachungen.

Handelsregistereinträge: 1. Firma Josef Michel, Sinsheim. Inhaber: Josef Michel, Kaufmann in Sinsheim (Lebens- und Futtermittel). 2. Firma Eugen Bender, Eichelbach. Inhaber: Eugen Bender, Kaufmann in Eichelbach (Manufakturwaren). 3. Firma Wolf Rau, Steinsfurt. Inhaber: Wolf Rau, Holzhändler in Steinsfurt (Holzhandel). 4. Firma Heinrich Schneider, Sinsheim. Inhaber: Heinrich Schneider, Holzhändler in Sinsheim (Holz- und Baumaterialien). 5. Firma Max Günther, Hoffenheim. Inhaber: Max Günther, Kaufmann in Hoffenheim (Manufakturwaren). 6. Firma Heinrich Löchner, Sinsheim. Inhaber: Heinrich Löchner, Kaufmann in Sinsheim (Großhandel mit Käse, Fetten, Delen und Heringen). 7. Firma Goos & Doll in Reichen: von den Gesellschaftern haben ihren Wohnsitz verlegt: Johannes Friedrich Doll nach Oberweiler und die Witwe des Louis Goos nach Hoffenheim. 8. Die Firma Hommel & Eberhard in Weiler ist erloschen. Sinsheim, den 3. Juli 1923. Amtsgericht.

Eichenstammholz-Verkauf.

Zuzenhausen: 1 IIa = 1,76 Fstn., Grombach: 2 IIIa, 6 IV, 5 V, Klasse = 7,11 Fstn. Schriftliche Angebote bis 14. Juli an Sch. v. Benningen'sches Rentamt Eichtersheim.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNION AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.
Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.

Todes-Anzeige.
Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe, treubeforgte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Anna Fischer geb. Meisner
gestern abend 3/9 Uhr im Alter von 52 Jahren sanft entschlafen ist.
Rohrbach b. S., den 9. Juli 1923.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Johann Fischer.
Die Beerdigung findet am Dienstag nachm. 6 Uhr statt.

Bei der Versammlung badischer Ölmüller wurde der
Mindestschlaglohn auf 600 Mk.
festgesetzt.
Verband badischer Ölmüller.
Gijsmancin
Hornhaut, Schwielen und Warzen
beseitigt schnell, sicher, schmerzlos und gefahrlos
Kukirol
Besonders empfohlen. Millionenfach bewährt. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundläusen Kukirol-Fußbad.
Drogerie A. Engel.

Statt Karten.
Dr. Ernst Berger
Gretel Berger geb. Schwenn
Vermählte
Sinsheim, den 7. Juli 1923.

Monatsfrau od. Mädchen
für kleinen Haushalt sofort gesucht. Zu erfragen unter Nr. 543 beim Landboten.

Mädchen
für Küche und Hausarbeit sucht Frau Forstmeister Dr. Barth Heidelberg, Geisbergstr. 33.

Sommerhüte
bedeutend unter Preis.
Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.

Rechnungsformulare
empfehlen
G. Becker'sche Buchdruckerei.

Roter Spighund
entlaufen, auf den Namen Max hörend. Abzugeben gegen Belohnung in der Erziehungsanstalt Sinsheim.

Dreschmaschinen
für 2 und 3 PS-Motore.
Strohpresse
für Seil- und Garnbindung, für 1 PS-Motore.
J. Dieffenbacher Söhne
Eppingen (Baden).
Telefon Nr. 29 und 30.
Lager aller landwirtsch. Maschinen und Geräte.

Lästige Haare
Damen-Bärte entfernt schmerzlos Pulver „Odin“. Zu haben bei A. Engel, Engel-Drogerie.

Schönheit
verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte **Stechenpferd-Seife** die beste Lilienmilchseife.
Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Apoth. Dr. C. Kieffer, Engel-Drog. A. Engel, Wilh. Geiß, Seifensieder.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn
Gegründet 1886.
Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)
An- und Verkauf
sämtlicher notierter und unnotierter Wertpapiere.